Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 65 (1971)

Heft: 1

Artikel: Das politische Mandat der Kirche : aus einem Vortrag vor Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union

Autor: Sieg, Rainer

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141865

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gottes Walten in der Geschichte

Ich glaube, daß Gott aus allem,
auch aus dem Bösesten,
Gutes entstehen lassen kann und will.
Dafür braucht er Menschen,
die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen.
Ich glaube, daß Gott uns in jeder Notlage
soviel Widerstandskraft geben will,
wir wir brauchen. Aber
er gibt sie nicht im voraus,
damit wir uns nicht auf uns selbst,
sondern allein auf ihn verlassen.
In solchem Glauben
müßte alle Angst vor der Zukunft
überwunden sein.

DIETRICH BONHOEFFER

Das politische Mandat der Kirche

(Aus einem Vortrag
vor Mitgliedern der Christlich-Demokratischen Union)

«Christlich kann nicht der Inhalt der politischen Einzelentscheidungen sein. Christlich oder unchristlich kann aber das Motiv eines Politikers sein: werden ausschließlich die eigenen Interessen verfolgt oder in gleichem Maße auch die der Mitmenschen? Weiterhin kann einem, der als Christ Politik treibt, nicht jede Methode recht sein; bei der Art und Weise also, Politik zu treiben, kommen christliche Gesichtspunkte in Frage. Etwa wird dem Christen kein Zweck jedes Mittel heiligen, oder es wird auch ein Christ in der Politik eine deutliche Zurückhaltung gegenüber Ideologien an den Tag legen und eine gewisse Offenheit gegenüber weltanschaulichen Fixierungen bewahren.

Schließlich gibt es doch wohl so etwas wie christliche oder unchristliche Tendenzen in der Politik. Ich meine damit ein politisches Handeln, das zwar durchaus dem Wohl des Volkes dient, auch in seiner Durchführung einwandfrei ist, gleichwohl aber unchristlich sein kann, wenn die Zweckbestimmung es ist. Es geht also bei diesem Gesichtspunkt um die Zielvorstellungen einer Politik. Wer beispielsweise einen gut funktionierenden autoritären Ständestaat intendiert, mag zwar dabei durchaus liberal und tolerant verfahren, nützt möglicherweise sogar seinem Volk, handelt aber einfach unchristlich.

Lassen Sie mich die letzten Sätze zusammenfassen: Politik ist nie christlich in dem Sinne, daß sie jemals inhaltlich sanktioniert sein könnte; christliche Gesichtspunkte kommen nur in Frage zur kausalen, methodischen und finalen Beurteilung einer Politik. Christlich oder unchristlich ist nie das «was?» einer Politik, sondern immer nur ihr «warum?», «wie?» und «wozu?».

Nun, das ist beim politischen Geschäft Ihr «tägliches Brot». Ich hoffe, was ich Ihre implizierte politische Dauerreflexion nannte, ist damit zutreffend wiedergegeben. Wir haben bei dieser Beschreibung des politischen Alltagsbetriebes auch gleich eine Grenze des politischen Mandats der Kirche gefunden: Was der einzelne Christ nicht kann — nämlich politische Entscheidungen inhaltlich als christlich ausgeben — das kann auch die Kirche nicht. Auch sie kann nicht ewig gültige Normen aufstellen oder schöpfungsgemäße Ordnungen und dergleichen.

Aber wir kommen «zu hoch ab». Ich würde zwar nach wie vor darauf insistieren, daß man Ihnen als CDU-Mitgliedern nicht zu sagen braucht, daß der christliche Glaube zum politischen Handeln drängt; wer im Sinne des Liebesgebots Jesu handeln will, der muß konsequenterweise auch politisch handeln wollen — das ist eine Selbstverständlichkeit.

Aber merkwürdigerweise ist, was für den einzelnen Christen unbestritten gilt, für die Kirche nicht unumstritten. Auch innerhalb Ihrer Partei nicht. Ich zitiere aus der Berliner Rede Kai Uwe von Hassels aus dem Januar 1968:

«Selbstverständlich ist auch der Theologe berechtigt, seine politische Meinung als Staatsbürger frei zu äußern. Allerdings sollte er sich als Träger eines geistlichen Amtes — und je höher er steht um so mehr — dabei Zurückhaltung auferlegen, um nicht Unfrieden in die Gemeinde zu tragen und die Verkündigung des Evangeliums nicht mit seinen politischen Auffassungen zu vermischen.

Auch in der innerkirchlichen Diskussion gibt es gelegentlich die Meinung, die Kirche sei eine Anstalt zur Vermittlung persönlichen privaten Seelenheils und nichts weiter. In der Tat: Es mag eine Versuchung für die Kirche sein, die politischen Auseinandersetzungen vor den Kirchenmauern enden zu lassen. Was sie damit gewinnt, ist unmittelbar einleuchtend: Sie entgeht dem Risiko, kritisiert zu werden. Sie vermeidet, oberflächlich betrachtet, Konflikte ihrer Gemeindeglieder untereinander.

Sie vermag so den Anschein zu erlangen, über den Dingen zu stehen. Und soll nicht wirklich im Raum der Kirche Platz für Menschen aller Parteien, Gruppen und Klassen sein? Ist es nicht auch gerade dies, was die Kirche zur Kirche macht: daß in ihr Friede herrscht, weil ein jeder nicht als Vertreter dieser oder jener Meinung in der Kirche ist, nicht als Parteimann, Gewerkschafter oder Interessenvertreter, sondern als Kirchenglied nur Mensch?

Ist es nicht unbarmherzig, wenn Gruppen innerhalb der Kirche

(oder sogar der Weltkirchenrat) die Kontroversen der Welt in die Kirche hineintragen und damit aus dem Ort des Friedens einen weiteren Kampfplatz machen?

Solche Einwände sind sinngemäß gegen jede jüngere kirchliche Aeußerung erhoben worden. Hier in Kiel wohl am deutlichsten zu beobachten an den Vorwürfen gegen die Politischen Nachtgebete, deren Berechtigung prinzipiell bestritten wurde, weil hier die Kirche einem unnötigen und gefährlichen Risiko ausgesetzt werde, indem Zwistigkeiten und Spannungen in die Gemeinde getragen würden.

Ich kann solche Einwände wohl verstehen. Und ich bin auch durchaus der Meinung, die ebenfalls bei Kai-Uwe von Hassel ausgesprochen wird, daß es leichtfertig und kurzsichtig wäre, die Volkskirche zu zerstören, um zu einer «gesundgeschrumpften», engagierten Restkirche zu kommen.

Trotzdem ist bei dieser Argumentation meines Erachtens von einer unrealistischen und illusionären Vorstellung von Kirche ausgegangen. Gerade innerhalb der Volkskirche kann es nicht einheitliche Meinungen in politischen Fragen geben; und die Uneinigkeit und Zerrissenheit, die angeblich durch politische Aeußerungen in die Kirche hereingetragen werden, waren faktisch schon immer vorhanden. Ein Scheinfriede innerhalb der Kirche, der dadurch zustande kommt, daß man die Konflikte verschweigt, ist nichts wert. Unter Christen müßten die Konflikte gerade beispielhaft-sachgemäß ausgetragen werden können. Ueberdies wäre die Kumpanei politischen Verschweigens in der Kirche eine brüchige Einigung auf Kosten derer, zu deren Wohl politisch gehandelt werden müßte. Wie aber sollte Kirche dann noch Kirche sein können!

Ich fürchte, daß die institutionelle Sicherung der Kirche oftmals nur die Sicherung einer Belanglosigkeit ist. Eine Kirche, in der nicht ernstgenommen wird, daß jeder Mensch immer auch der Mitmensch anderer ist, eine Kirche, in der über die entscheidenden Probleme im politischen und gesellschaftlichen Bereich nichts gesagt werden darf, weil es ihrer äußeren Integrität schaden könnte, ist belanglos.

Ueber die amerikanischen protestantischen Kirchen heißt es am Ende einer religions-soziologischen Untersuchung, aus der hervorgeht, daß in den meisten amerikanischen Gottesdiensten über die Hauptprobleme der Nation (Vietnamkrieg und Rassenfrage) nichts ausgesagt wird: «Am Sonntagmorgen wird sich in den Vereinigten Staaten wohl auf absehbare Zeit nichts ändern; schweigend sitzt Amerikas schweigende Mehrheit in der Kirche — und lauscht dem Schweigen der Kirchenpredigt!».

Wer das Leiden der Mitmenschen im Diesseits verschweigen muß, um einer einträchtigen Zuhörerschaft das Seelenheil im Jenseits verheißen zu können, ist nicht nur als Christ selber unglaubwürdig, sondern — mehr noch — er betrügt auch seine Gemeinde um das Evangelium.

Denn das Evangelium ohne Aufruf zur tätigen Nächstenliebe — und dies ist notwendig Politik — ist undenkbar.

Wer aber die Botschaft Jesu verkürzt, um nur seine Gemeindeglieder zusammenzuhalten (vielleicht sollte man besser sagen: um seine Schäfchen zusammenzuhalten), der gründet seine Kirche nicht auf Jesus Christus.

Das Wort Jesu «Wer sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es gewinnen» sollte es der Kirche jedenfalls unmöglich machen, auf ihre eigene institutionelle Sicherung zu starren. Anders ausgedrückt: Für die Kirche als Institution gelten dieselben Maßstäbe des Glaubens wie für den einzelnen Christen; daraus erwächst das politische Mandat der Kirche.

Hier scheint auch ein weitgehender Konsensus innerhalb der Kirche vorzuliegen.Trotz des lautstarken Protests einer sehr kleinen und ziemlich radikalen Minderheit hat sich innerkirchlich die Meinung durchgesetzt, daß die Aufgabe der Kirche, nämlich die Verkündigung des Evangeliums, politisches Einwirken nicht ausschließt, sondern gerade mitumgreift.

Diese Uebereinstimmung ist aus der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1970 abzulesen, die sich beschäftigt mit «Aufgaben und Grenzen kirchlicher Aeußerungen zu gesellschaftlichen Fragen»:

Die Verkündigung der Kirche hat politische Konsequenzen aus mindestens drei Gründen

a) wegen des unlösbaren Zusammenhanges zwischen Gottes- und Nächstenliebe,
b) wegen der Tatsache, daß die Verkündigung des Evangeliums uns nicht aus der Welt herausnimmt, sondern die Weltwirklichkeit mit intendiert und ändern will,
c) weil die neutestamentlichen Verheißungen des Reiches Gottes uns mit einem «H o f f n u n g s w i s s e n» (Moltmann) ausstatten, das uns dazu nötigt, diesem Hoffnungswissen handelnd zu entsprechen.

Mit diesem letzten Punkt hängt übrigens zusammen, daß das politische Agieren der Kirche sich konservativen Betrachtern gelegentlich als «linke» Politisierung darstellt; denn die metaphysische Verklärung des Bestehenden kann ja nicht in Frage kommen, wenn im Handeln das kommende Reich Gottes intendiert wird. Hier liegen auch die Wurzeln der Theologie der Revolution, die ihrem Selbstverständnis nach das nur fortsetzt, was Gott in Jesus bereits begonnen hat, und dem nur entgegengeht, was Gott einmal vollenden wird.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine theologiegeschichtliche Bemerkung: Der scheinbare «Linksdrall» einer Kirche, die nicht mehr die vorfindliche Ordnung sanktioniert, hängt zusammen mit einem heimlichen Sieg des Calvinismus in unserer lutherischen Kirche. Das verflachte lutherische Verständnis der Zwei-Reiche-Lehre, die es der Kirche fast

unmöglich gemacht hat, in den Bereich des Weltlich-Politischen einzuwirken, ist in der Gegenwart (vor allem durch die dominierende Theologie Karl Barths) zurückgedrängt worden. Eine praktikable Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre steht uns nicht zur Verfügung. Darum ist (oftmals unbemerkt) die Vorstellung Barths von der «Königsherrschaft Jesu Christi» zur Grundlage des kirchlichen Verhaltens gegenüber dem Staat geworden.

Bevor wir noch einen kurzen Blick auf die Praxis werfen, muß die Frage nach der innerkirchlichen und öffentlichen Verbindlichkeit offizieller Aeußerungen gestellt werden. Ich meine, kein evangelischer Christ wird das Recht haben, sich ohne weiteres etwa über die Denkschriften der EKD hinwegzusetzen. Dabei erwächst die Autorität solcher Aeußerungen nicht etwa daraus, daß sie eben offizielle Stellungnahmen sind. Das Gewicht kirchenamtlicher Aeußerungen zu gesellschaftlichen Fragen liegt einfach darin, daß man sich auf die Sorgfalt ihrer Erarbeitung verlassen kann. Es wird hier der Bogen vom christlichen Glauben unter Zuhilfenahme der zugänglichen Informationen über das anstehende Problem in hohem Maße theologisch und politisch sachgemäß geschlagen.

Trotzdem bindet keine amtliche kirchliche Aeußerung die Gewissen aller Christen. Der Kirche kommt im öffentlichen Leben keine überlegene Schiedsrichterrolle zu. Es bleibt aber sicher richtig, was Carl Friedrich von Weizsäcker vor kurzem gesagt hat: «Eine politische Rolle ist der Kirche in unserem Lande vielerorts in den letzten fünfundzwanzig Jahren zugefallen: der Ort zu sein, von dem aus, frei von Machtinteressen, notwendige Wahrheiten ausgesprochen und unter dessen Dach wichtige Fragen unbefangen erörtert werden können.»

Ein Blick in die praktische Politik der Bundesrepublik zeigt uns, daß dies Aussprechen notwendiger Wahrheiten durch die Kirche gelegentlich deutlich sichtbare Früchte trägt. Der Bundeskanzler hat heute (9. Dez. 1970) in einem Telegramm der EKD dafür gedankt, daß sie der Versöhnung mit unseren polnischen Nachbarn den Weg geebnet hat.

Ich hoffe, Sie finden es nicht geschmacklos, daß ich dieses gerade vor Ihnen darlege, aber ich spreche ja nicht vor der CSU; und wenn ich recht sehe, kann in Ihrer Partei von einer einhelligen Ablehnung des deutsch-polnischen Vertrages nicht die Rede sein.

In der Tat ist die öffentliche politische Diskussion über die vordem mit Rücksicht auf die Wähler tabuisierte Oder-Neiße-Linie erst durch die Denkschrift der EKD von 1965 möglich geworden, und, mehr noch, die Moral als politische Kategorie in diesen Zusammenhang gebracht worden.

Rainer Sieg